

Aktion Menschlichkeit

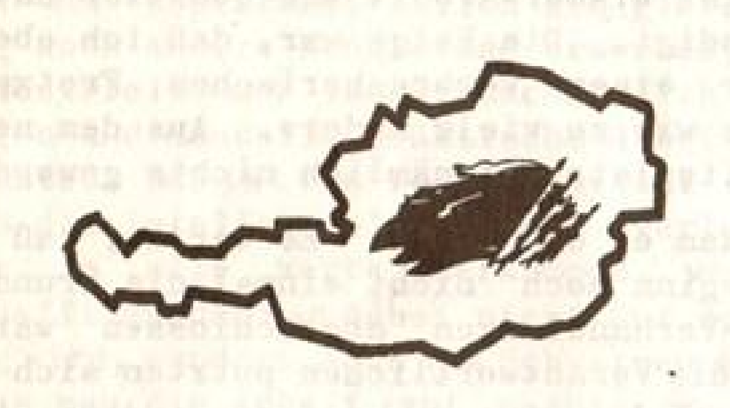
Die Ärztekammer ist eine hochanständige Institution. So anständig, daß man meinen könnte, die Ehrsamkeit und Rechtschaffenheit werde dort mit dem großen Löffel gespeist. Als Beweis für diese rühmenswerte Sauberkeit mag der Hinweis dienen, daß der jeweilige Ärztekammerpräsident sofort zu Gericht eilt, wenn jemand den blütenweißen Kittel der Ärzteschaft beschmutzt. So wie damals, als die Öffentlichkeit sich über trinkgeldheischende Medizinmänner erregte, welche sich von alten, hilflosen Kassenpatienten einen Hunderter oder Fünfziger zustecken lassen, weil diese verängstigten Patienten befürchten, ansonst „vergessen" zu werden. Daß der damalige Präsident allerdings nicht gegen die Schmattesärzte, sondern gegen jene Frau prozessierte, die den Mißstand aufgezeigt hatte, das war sicher nur ein bedauerlicher Irrtum in der Hitze des Gefechtes.

Heute, da sich die Reaktionäre aller Bundesländer in der „Aktion Leben" vereinen, steht die Ärztekammer natürlich wieder in der ersten Reihe; gilt es doch, ungeborenes Leben zu beschützen. Und es ist selbstverständlich unwahr, daß mancher Arzt nur deshalb dem § 144 nachweint, weil er fürchtet, es könnten hinfort jene Patientinnen ausbleiben, die bisher ihre Sorgen, ihr ungeborenes Leben und einen Haufen Bargeld in einer Privatklinik zurückließen. Auch der Vorwurf, die Kritik der Ärztekammer an der „Überproduktion von Medizinern durch die Universitäten" entspränge einem Brotneid gegenüber möglichen künftigen Konkurrenten, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Die Ärztekammer handelt stets selbstlos und, wie schon erwähnt, hochanständig. So wie ihr jetziger Präsident Dr. Piaty, der sich um den Besitz eines alten, todkranken Bauern sehr verdient gemacht hat. Nicht, daß er von dem Kranken ein Trinkgeld genommen hätte, nein, nein, das hat der Piaty wirklich nicht nötig. Er „kaufte" dem Mann vielmehr für ein Butterbrot und einen Leibrentenvertrag Hof und Grund ab. Und erst später wurde bekannt, daß der Bauer an einem Gehirntumor litt und auch sonst in seinen geistigen Fähigkeiten bereits arg beeinträchtigt war. Als er dann wenige Wochen nach Vertragsunterzeichnung auch prompt starb, schlugen die überrumpelten Erben Krach.

Der kritischen Öffentlichkeit wegen sah sich der Ärztepräsident zu einer Erklärung genötigt. Er habe, so sagte der Menschenfreund nach einigem Hin und Her, den Besitz für karitative Zwecke erworben. Die Katholische Jugend solle dort ein Heim bekommen, und die Kirchenbehörden von Kirchbach wüßten bereits davon. Unglücklicherweise stellte sich heraus, daß der Pfarrer von Kirchbach überhaupt nichts davon wußte, weshalb in der Öffentlichkeit der peinliche Eindruck entstand, Piaty habe gelogen. Der Herr Doktor ließ sich also etwas anderes einfallen. Es werde ein Heim für steirische Pfadfinderinnen errichtet, sagte er nun. Davon aber wußte wiederum taktloserweise die Pfadfinderführerin nichts, weshalb sich schließlich die Ärztekammer selbst schützend vor ihren Präsidenten stellen mußte. Sie erklärte, daß Dr. Piaty ja nur deshalb bis zur letzten Instanz um das Bauerngut kämpfe, damit er es nachher umso besser verschenken könne!

Na, und so wird's doch wohl auch sein. Denn ein Mann, der sich so wacker für Moral und Menschlichkeit einsetzt, der kann ja gar nicht eigennützig handeln. Nicht wahr?



Im Jänner 1975 erscheint die Broschüre

PERSPEKTIVEN DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG IN ÖSTERREICH,

die wir den Genossen und Freunden unserer Organisation zum Studium empfehlen.

Aus dem Inhalt:
Revolutionäre Situation und Vorbereitung der Revolution – Die revolutionären Kader – Die Rolle der Jugend – Die Massenbasis der revolutionären Bewegung.

Umfang der Broschüre: rund 20 Seiten, Preis: S 5,–

Bestellungen an 1205 Wien, Postfach 3 oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

für die volksmacht

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 93, Dezember 1974



Wir müssen wieder eine Annonce in die Zeitung geben: „Arbeiter für soeben freigewordenen, überdurchschnittlich bezahlten Posten gesucht. Gutes Betriebsklima, Lebensstellung . . ."

Arbeitszeitverkürzung?

Am 1. Jänner 1975 tritt die 40 Stunden-Woche in Kraft. Tatsächlich arbeiten wir aber viel mehr, um den sogenannten "Standard" zu halten. Dabei schinden wir uns ab wie Kulis.

Eine Arbeitszeitverkürzung ist für den Kapitalisten dann von Wert, wenn der Proletarier gezwungen ist, Überstunden (und sei es durch ein erhöhtes Entgelt für diese, das trotzdem weit geringer ist als der erhöhte Profit durch die Überstunden!) zu leisten, um den im gegebenen Land und in der gegebenen Zeitperiode üblichen und daher notwendigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Arbeitszeitverkürzung ist für den Arbeiter dann von Wert, wenn er durch sie mehr Freizeit gewinnt. Denn jede Arbeitsstunde bedeutet im Kapitalismus eine Zeit, in der die Arbeiter mehr leisten als dem Gegenwert in Gestalt ihres Lohnes entspricht, in der sie also durch kostenlose Arbeit für den Kapitalisten diesem den Mehrwert, d. h. Profit, schaffen. Jede Stunde Freizeit bedeutet jedoch für den Proletarier eine Zeit, in der er, frei von Ausbeutung, sich erholen und bilden kann, in der er seine Fähigkeit erhöht, ohne Kapitalisten, ohne Ausbeutung sich und seine Familie, alle werktätigen Menschen vorwärtszuentwickeln.

Karl Marx, der große Lehrer des internationalen Proletariats, sagte dazu: „Wir erklären die Beschränkung des Arbeitstages (heute würden wir sagen: ‚Beschränkung der Arbeitswoche' — die Red.) für eine Vorbedingung, ohne welche alle anderen Bestrebungen nach Verbesserung und Emanzipation (= Befreiung, d. Red.) scheitern müsse. Sie ist erheischt, um Gesundheit und körperliche Energie der Arbeiterklasse, d. h. der großen Mehrheit einer jeden Nation, wiederherzustellen und ihr die Möglichkeit geistiger Entwicklung, gesellschaftlichen Verkehrs und sozialer und politischer Tätigkeit zu sichern." („Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats [nämlich: der Internationalen Arbeiterassoziation, d. h. der von Marx begründeten 1. Arbeiter-Internationale, d. Red.] zu den einzelnen Fragen", August 1866, MEW, Berlin 1962, Seite 192.)

Also: Ohne mehr Freizeit, ja mit faktisch verlängerter Arbeitszeit (durch Überstunden oder Pfusch) bleibt — und wird immer mehr — der arbeitende Mensch ein „Arbeitstier", das nur rackert, aber keine Zeit und keine Kraft hat, nachzudenken und sich zu entwickeln. Mit mehr Freizeit kann er sich körperlich erholen und geistig weiterbilden, kann er schließlich seine politischen und sonstigen Kenntnisse so weit steigern und vertiefen, daß er eine knechtende Oberschicht von privaten und bürokratischen Kapitalisten zum Teufel jagen und seine eigenen Angelegenheiten, d. h. die Angelegenheiten seiner Klasse und aller werktätigen Menschen, selbst regeln kann!

(Siehe unseren Bericht auf Seite 11.)

An die Leser!

Auf Beschluß der gesamtösterreichischen Vertrauensmännerkonferenz der VRAÖ (ML) wird die Zeitschrift "rote garde" mit Jahresende 1974 eingestellt und statt dessen unser Zentralorgan "Für die Volksmacht" in verstärktem Umfang (alle drei Wochen, 17mal im Jahr) erscheinen. Eine ausführliche Begründung dazu werden wir in der letzten Nummer der "roten garde", die am Ende des Jahres erscheint, geben.

Das Schwergewicht bei unserer Pressearbeit werden wir auf folgende Punkte legen:

1. Sicherung des regelmäßigen Erscheinens der Zeitung;

2. mehr Artikel zu aktuellen und brennenden Problemen, präzis und besser verbunden mit der Theorie;

3. Berichte, welche die Aktivitäten der VRA und ihrer Landesgruppen und Stützpunkte wiedergeben;

4. Bemühen um mehr Betriebskorrespondenzen, dazu ist für uns auch die Unterstützung und Mitarbeit unserer Freunde und Leser von großem Nutzen;

5. die Zeitung soll auch eine Waffe im Kampf für die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten sein; und

6. Herausgabe von Broschüren zu wesentlichen aktuellen wie auch grundsätzlichen Fragen, als erste Broschüre wird im Jänner "Perspektiven der revolutionären Bewegung in Österreich" erscheinen.

Der Preis für ein Jahresabonnement unseres Zentralorgans (17 Nummern) beläuft sich auf S 50.- Bei denjenigen Lesern, die bisher "Für die Volksmacht" und "rote garde" bezogen haben, wird das bezahlte rg-Abo auf das "Volksmacht"-Abonnement aufgerechnet.

Wir fordern alle Genossen und Leser auf, bei Gestaltung, Herstellung und Vertrieb der "Volksmacht" verstärkt beizutragen.

„Erst muß der Haß sein Werk vollenden"

Vom Frieden schwärmt ihr Pazifisten
Und schreibt Euch drum die Finger wund!
Derweil sie munter weiter rüsten –
Rings um den braven Völkerbund;
Von einer Konferenz zur andern,
Und alle im Versöhnungskleid –
Sie mit dem lieben Frieden wandern
Dabei wie Bestien sprungbereit.
Versöhnung mit den Dividenden?!
Wir kennen längst schon die Schalmei.
Erst muß der Haß sein Werk vollenden –
Dann wird der Weg zum Frieden frei.

Dies ist eine Strophe aus dem Gedicht "Erst muß der Haß sein Werk vollenden" und stammt von dem proletarischen Schriftsteller und Revolutionär Hans Mayer. Am 27. März 1931 wurde es in der "Roten Fahne" der KPÖ veröffentlicht.

Von seiner Aktualität hat dieses Gedicht nichts verloren. Heute sind die Kriegstreiber die beiden Supermächte, die mit einem "Abrüstungstheater" ihre tatsächlichen Kriegsvorbereitungen zu tarnen versuchen. Wir leben noch immer in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Der Imperialismus trägt aber den Krieg in sich wie die Wolke den Regen. Darum kann es erst dann wirklichen Frieden geben, wenn der Imperialismus beseitigt ist. Es ist unsere Aufgabe, in den arbeitenden Menschen die Erkenntnis über die unbedingte Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu wecken, den Klassenhaß der arbeitenden Menschen gegen den mörderischen Kapitalismus zu schüren. "Erst muß der Haß sein Werk vollenden – dann wird der Weg zum Frieden frei."

Jetzt sparen die Manager endlich – aber leider nur die Groschen für Arbeiter

Im Sozialpartnerland Österreich grassiert, so scheint's, der Sparbazillus. Wobei jedoch — eine auffällige medizynische Besonderheit! — die von diesem Bazillus verursachten Krankheitssymptome sich danach richten, ob der Erkrankte den oberen oder den unteren Klassen unserer Gesellschaft angehört. Befällt der infektiöse Sparbazillus beispielsweise einen Arbeiter, dann verursacht er bei diesem an der linken Brustseite (genau dort, wo die Brieftasche steckt) eine inflationäre Schwindsucht, auch passive Sparwut genannt.

Bei einem vom gleichen Bazillus infizierten gesellschaftlichen Oberklaßler hingegen tritt das Krankheitsbild nicht körperlich, sondern vielmehr vergeistigt zutage, indem der Befallene den unwiderstehlichen inneren Zwang verspürt, sich vor eine Fernsehkamera zu drängen, mahnend den rechten Zeigefinger emporzuheben und „Maßhalten!" oder „Gürtel enger schnallen!" zu sagen (sogenanntes Sparappell-Syndrom, im Volksmund als „bleder Schmäh" bezeichnet).

Ein ähnlich oberklassischer Fall ereignete sich unlängst, als ein Dr. Kienzl, von Beruf Nationalbank-General und hoher Gewerkschaftsfunktionär, vor einer Versammlung von Arbeiterinnen den Zeigefinger hob und mahnte: „Wir müssen sparen!" Wegen des Wörtchens w i r fühlten sich die Unterklassigen allerdings gefrotzelt, weil der Kienzl dank eines guten Dutzends nahrhafter Nebenbeschäftigungen jährlich so an die 2 Millionen Schilling verdient, weshalb es ihm beim Sparen sicher leichter tut als eine Arbeiterin, die vielleicht auf den kläglichen Stundenlohn von 20 Schilling kommt.

Aber nicht nur einzelne Generaldirektoren, sondern sogar komplette Generaldirektionen können von der Sparseuche befallen werden. So wie die Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen, welche sich seither krankhaft bemüht, Unkosten einzusparen. Nun wird ein Optimist möglicherweise denken: Zieht die ÖBB-Generaldirektion etwa die unnützen 1.-Klasse-Wagen aus dem Verkehr? (Seitdem jeder erstklassige Mensch, vom Minister bis herunter zur lokalen Parteigröße, einen eigenen Dienstwagen samt Chauffeur hat, sind die Abteile erster Klasse bekanntlich fast stets leer.) Oder verzichten die ÖBB auf ihre Prestige-Speisewagen, weil diese für gewöhnliche Fahrgäste viel zu teuer und deshalb schlecht besucht und defizitär sind? Nein, lieber Optimist. Die Generaldirektion spart lieber im Kleinen und beim kleinen Mann, indem sie die Züge nicht mehr wie bisher schon vor der Fahrt anheizen läßt. Das heißt, daß künftighin tausende Pendler frühmorgens in eiskalten Waggons ihrem Arbeitsplatz entgegenfrieren müssen, während die Chauffeure der ÖBB-Direktoren soeben die Motoren anspringen lassen, um die großen Dienstwagen behaglich anzuwärmen, und während die Klimaanlagen in den Direktionen bereits auf vollen Touren laufen. Die Herren Direktoren selber aber liegen zu diesem Zeitpunkt noch guten Gewissens im sanften Ruhekissen, denn sie wissen ja, daß sie nicht auf Kosten ihrer eigenen Gesundheit sparen.

Gespart wird neuerdings auch beim Bundesheer. Der Optimist, der jetzt glaubt, daß nicht mehr so viele Milliarden in neue Panzer und Flugzeuge gesteckt werden wie bisher, wird jedoch wieder enttäuscht sein. Just auf solch teures Manöverspielzeug ist Feldherr Spanocchi nämlich scharf, obwohl er als Fachmann natürlich weiß, daß im Fall „Polarka" (russischer Einmarsch) all das schöne sündteure Kriegsgerät binnen Stunden nur noch Schrott ist. (Spätestens seit dem Vietnamkrieg ist zwar bekannt, daß ein kleines Land sogar gegen eine Supermacht bestehen kann — aber nur durch einen Volkskrieg und ganz gewiß nicht in einer Materialschlacht.)

Wenn wir aber schon die Milliarden sinnlos zum Fenster hinausmanövrieren, so dachte wohl der Generalstab, dann muß man wenigstens ein paar Hunderter an Heizkosten hereinsparen. Deshalb wurde den Bundesheersoldaten bereits strengstens untersagt, ihrerseits die Fenster ihrer Unterkünfte zu öffnen. Die Kasernenfenster müssen bumfest zubleiben. Damit keine Heizwärme verlorengeht. Damit nur ja kein frisches Lüfterl hereinweht. Und damit der ganze alte Mief erhalten bleibt.

Der Sparbazillus macht also, wie gesagt, merkwürdige Klassenunterschiede. Er spornt die Großen dazu an, bei den Kleinen zu sparen.

Drucksache

70-g-Marke

An die
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)
1205 Wien
Postfach 3

„Wußten Sie schon, daß die Kirche und das Finanzministerium wortwörtlich die gleichen Forderungen stellen?"

„Nein. Können Sie mir das näher erklären?"

„Ganz einfach. Die Kirche fordert: ‚Gebet am Morgen, Gebet zu Mittag, Gebet am Abend!' Und der Finanzminister fordert: ‚Gebet am Morgen, gebet zu Mittag, gebet am Abend!'"

Moderne Ausbeutung

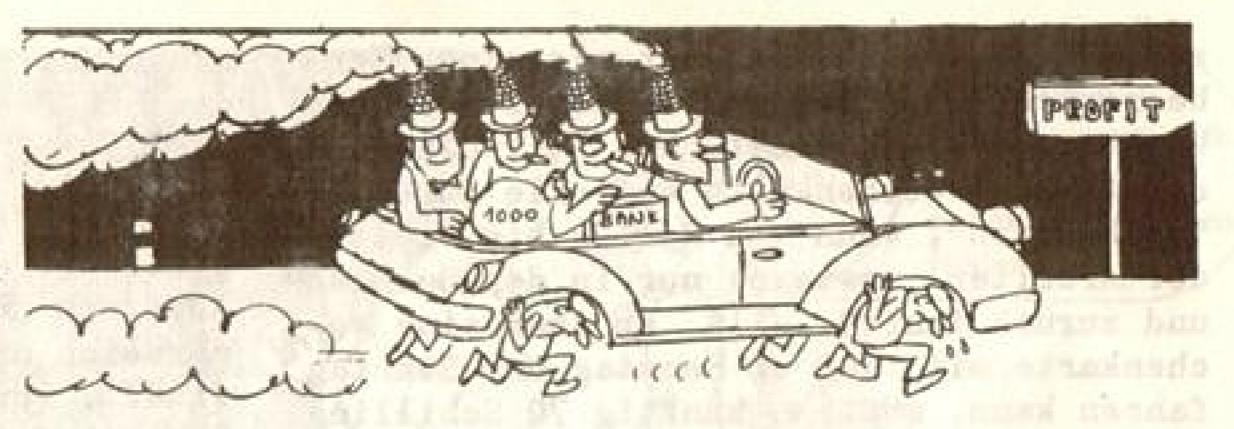
Die gesamte arbeitende Bevölkerung Österreichs erlebt gegenwärtig die massivsten Angriffe der herrschenden Klasse auf ihre Lebenshaltung. Die Werktätigen sollen blechen und ihren Lebensstandard gewaltig einschränken, damit Unternehmensbosse, Finanzmagnaten und bürokratische Kapitalisten ihre Superprofite einheimsen können, weil im Zeichen der unausbleiblichen kapitalistischen Wirtschaftskrise das anders nicht möglich ist. Man könnte fast taub werden vom "Partnerschaftsgeschrei" und den Rufen, daß "jetzt alle zusammenhalten und sich einschränken müssen", weil ansonsten "die Katastrophe da wäre". Diese Leier kennen wir aber bereits bis zum Erbrechen. Sie ist ein Teil der planmäßigen Erhöhung des Ausbeutungsgrades, dem die österreichischen Werktätigen unterliegen und der sich spiralenförmig erhöht im Rythmus vorausgeplanter, stets aber viel zu niedriger Lohnerhöhungen als "Abgeltung" der gestiegenen Lebenshaltungskosten – bei sofortigen neuen Erhöhungen der Preise und Tarife. Um die Arbeiter von der gerechten Forderung nach echten Lohnerhöhungen abzuhalten, die tatsächlich mehr bringen würden, verwendet jetzt die vereinigte Front der alten Privatkapitalisten und der neuen bürokratischen Kapitalisten in Gestalt der Manager und Direktoren der "Verstaatlichten", der Kommunal- und Landesbetriebe, der Partei- und Gewerkschaftsbonzen, der Politiker, die erpresserische Drohung mit der "Arbeitslosigkeit".

Diese Angriffe im Interesse kapitalistischer Ausbeutungsprofite wird in nächster Zeit besonders die arbeitende Bevölkerung von Wien zu spüren bekommen. Geplant ist die Anwendung des Paragraphen 7 auch auf Gemeindebauten, eine saftige Erhöhung der Tarife für die Straßenbahn, bei Strom und Gas. Wessen Wohnung von den gemeindeeigenen Heizbetrieben "ferngeheizt" wird, der hat diese Politik in Form einer 60prozentigen Erhöhung der Heizkosten ja schon kennengelernt.

Diese Tatsachen sind geeignet, der Masse der arbeitenden Menschen den wahren Klassencharakter dieses "Wohlfahrtsstaates" Österreich klarzumachen, damit sie die wirkliche Situation erkennen. Besonders jenen, die in der Führung der SPÖ eine Interessensvertretung der werktätigen Bevölkerung sehen und ihr deshalb bei Wahlen ihre Stimme geben; den vielen ehrlichen SP-Arbeitern, die als Mitglieder dieser Partei sich die Füße für "Erfolge" abrennen, welche sich letzten Endes dann nur in Form verschärfter Ausbeutung niederschlagen.

Denn diese Tatsachen spielen sich im "Roten Wien" ab. Dem Stolz aller Sozialisten und dem Leitbild der neuen – der sozialistischen – Gesellschaftsordnung, für deren Erreichung sich Millionen arbeitender Menschen in unserem Land seit Jahrzehnten einsetzen. Und diese kapitalistischen Ausbeutungstatsachen werden von einer "sozialistischen Stadtverwaltung" gesetzt, die genauso wie alle Führer der Sozialdemokratie vor ihr von der Meinung ausgeht, "wir haben unsere Mitglieder und Anhänger sowieso sicher, egal wie und was wir machen".

An Hand der Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus haben wir in der Praxis schon immer nachgewiesen, daß Leitbilder wie das "Rote Wien", Reformen des Sozialrechts, Verstaatlichung, Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft, niemals den Weg zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zeigen können, in der die arbeitenden Menschen die Macht über ihr eigenes Schicksal ausüben. Stets konnten wir nachweisen, daß damit nur die Festigung der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft gefördert wird, deren Entwicklung der werktätigen Bevölkerung nach Aufschwungperioden, in denen man "sein Geld" leichter verdienen kann und dadurch die Ausbeutung wenig sieht, unweigerlich die Krise bringt, in der die Menschen sich den Gefahren drohender Arbeitslosigkeit, Not, Elend, in letzter Konsequenz dem imperialistischen Krieg gegenübersehen.



Auf den Rücken der arbeitenden Menschen fahren die Geldsäcke zu Profiten

In den Diskussionen mit einfachen SP-Arbeitern und Funktionären haben wir zu unseren Ansichten oftmals Zustimmung gefunden. In der überwiegenden Mehrheit blieb aber das "Vertrauen" zur Führung unerschüttert. Zeigen aber die gegenwärtigen Maßnahmen der Wiener "Sozialisten"führung nicht ganz deutlich, daß dieses Vertrauen durch nichts mehr gerechtfertigt ist? Zeigt nicht die ganze Handlungsweise der SPÖ-Führer, daß diese ausschließlich eine Politik im Interesse der Kapitalistenklasse betreiben? Zeigen nicht die wenigen bekannten – in Wirklichkeit aber viel mehr verschwiegenen Berichte über Einkommen und Vermögen dieser Leute, daß sie sich von gutbezahlten Arbeiteraristokraten längst zu eigenständigen bürokratischen Kapitalisten entwickelt haben, deren größtes Kapital aber vor allem darin liegt, daß ihnen ein Großteil der arbeitenden Menschen noch immer vertraut? Bei etwas Nachdenklichkeit kann man diese Tatsachen ganz genau erkennen. Dementsprechend ist die Handlungsweise von Gratz und seinen Mannen in der Führung natürlich ausgesprochen kapitalistisch.

In ihrem ausschließlichen Profitdenken greifen die SPÖ-Führer sogar schon früher unantastbare "Tabus" an. Mit der beabsichtigten Anwendung des Paragraphen 7 des Mietengesetzes auf Altgemeindebauten treffen sie vor allem die eigenen Genossen ins Herz und da wieder viele der ältesten von ihnen. Dabei scheuen sie nicht davor zurück, die Mieter der Wohnungen in den Gemeindebauten sozusagen als "Schmarotzer" hinzustellen, weil diese "Vorteile" hätten, die andere nicht haben: einen billigen Grundzins und eben keine Anwendung des Paragraphen 7. Mit diesen verlogenen Argumenten wird nichts anderes bezweckt, als die arbeitenden Menschen gegeneinander aufzuhetzen und deren kämpferische Einheitsfront zu verhindern. Denn der Mieter im Privathaus, der schon den erhöhten Zins nach dem Paragraphen 7 zahlt, soll sich mit dem Gemeindemieter nicht solidarisieren, wenn diesen nun das gleiche Schicksal trifft. Frei nach der Devise: "Geteiltes Leid ist halbes Leid", soll die Ausdehnung eines Unrechts bei den zuerst Betroffenen noch "Befriedigung" wecken.

Dabei sehen die Tatsachen so aus, daß zum Beispiel von einem "billigen Zins" in Altgemeindebauten nicht mehr viel zu spüren ist. Denn für Wohnungen mit einer Größe von etwa 40 Quadratmetern zahlen die Mieter bereits ihre zwei- bis dreihundert Schilling. Diese Wohnungen entsprechen dabei keineswegs dem üblichen Standard. Jede Modernisierung mußten sich die Mieter unter hohem Kostenaufwand selbst zahlen.

Nicht anders als der private Hausbesitzer hebt auch die Gemeinde Wien den Instandhaltungszins ein. Wurden damit die Häuser aber instandgehalten? Keineswegs, denn die meisten sind schon halb verrottet. Im Jahre 1973 wurden als Instandhaltungszins von der Gemeinde Wien 453 Millionen Schilling eingenommen, aber nur 186 Millionen für Reparaturen ausgegeben. Was geschieht mit dem Rest dieser zweckgebundenen Millionen?

Das Paragraph-7-Beispiel ist nur eines von vielen, die beweisen, daß von sozialistischem Gedankengut bei den SPÖ-Führern nichts mehr da ist. Der Wohnbausektor der Gemeinde Wien wurde voll kapitalistisch orientiert. Zuerst mit der Einstellung des sozialen Wohnbaus überhaupt und jetzt mit der Anwendung des Paragraphen 7.

Betrachtet man die geplanten neuen Tarife bei der Straßenbahn, wird einem schwindlig. Es sind Luxuspreise, die ihresgleichen auf der Welt nicht finden. Demagogisch versucht die "AZ" den Arbeitern die "Tarifreform" mit ihren Preiserhöhungen

zwischen 2o und 1oo Prozent als eine "Verbesserung" einzureden, was einer direkten Verhöhnung gleichkommt. Was soll die Ausdehnung der Wochenkarte auf alle Strecken "verbessern", wenn von Montag bis Freitag der Arbeiter sowieso nur in den Betrieb und zurück fährt? Will er aber eine Wochenkarte, mit der er Samstag und Sonntag fahren kann, müßte er künftig 70 Schilling dafür zahlen. Die Differenz von 34 Schilling zur alten Karte hat ein Arbeiter bisher in der Regel nicht verfahren.

Die hohen Preise werden aber nichts an den katastrophalen Verkehrsverhältnissen bei der Straßenbahn ändern. Weiterhin wird es endlose Wartezeiten, überfüllte Waggons und überlastete Straßenbahner geben, die sich nicht anders zu helfen wissen, als sich am Fahrgast abzureagieren.

Und gleichsam in "einem Aufwaschen" wollen sich die Gemeindebonzen auch bei Gas und Strom hunderte Millionen von den arbeitenden Menschen holen. Auch hier gibt es nur scheinheilige Argumente, um uns einzuwickeln. Daß auch in diesem Fall die "hohen Löhne kostentreibend" sind, darf niemanden wundern. Das ist ja ein ständiges "Argument" von Kapitalisten und es wird erweitert mit dem Lamento der gestiegenen Rohstoffpreise. Daß die Gemeinde bei der Umstellung auf Erdgas Millionen verdient, weil es einen viel höheren Heizwert als Leuchtgas hat, wird ebenso verschwiegen wie die Tatsache, daß sich durch Streckung des Erdgases Luft in Schillinge verwandelt. Und welche Motivierung der mehrfachen Erhöhung der Grundgebühr beim Strom zugrundelegen kann, außer daß man sich auf Kosten der Strombezieher gesundstoßen will, ist schleierhaft. Denn die E-Werke schließen mit einem beträchtlichen Gebarungsüberschuß ab.

Wenn im Zuge dieser massiven Angriffe auf unsere Lebenshaltung die SPÖ-Führer wieder an "Herz und Hirn" ihrer Anhänger und Mitglieder apellieren werden, dürfen wir uns nicht täuschen lassen. In Form von Einkommenssenkung und ständig steigender Preise wollen die Kapitalisten jetzt unser Geld abschöpfen. Verklausuliert geben sie das ja immer wieder zu. Und als waschechte Kapitalisten sind da natürlich auch die SPÖ-Bonzen in der Gemeinde Wien dabei.

An und für sich sind diese offenen Angriffe gegen die werktätige Bevölkerung Ausdruck der katastrophalen Situation, in der sich das kapitalistische System befindet. Für dieses brauchen wir aber kein "Verständnis" zu haben und es kann auch nicht "gesund" gemacht werden, wie das die Arbeiterverräter in der "K"PÖ-Führung gerade jetzt wieder in bezug auf die Gemeinde Wien vorschlagen. In diesem System sind wir arbeitenden Menschen nichts anderes als Arbeitssklaven, die Profit zu bringen haben.

Den massiven Angriffen gegen unsere Interessen müssen wir mit Gegenangriffen begegnen. Es gibt nichts anderes. Kampf gegen die Tariferhöhungen der Gemeinde Wien! Kampf gegen Lohndruck und Lohnraub! Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze!

Zu diesem Kampf müssen wir uns organisieren. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Arbeiterklasse derzeit keine Partei hat, die sie im Kampf ehrlich und richtig führt. SPÖ, ÖVP, FPÖ und "K"PÖ sind Parteien, die auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehen. Ihnen allen ist eigen, daß sie zwar um Stimmen und Anhänger raufen, weil sie dadurch am Ausbeutungskuchen mehr mitfressen können, daß sie aber in Wirklichkeit die arbeitenden Menschen verraten und verkaufen. Ein gutes Beispiel dafür ist der Kampf von Gemeindemietern gegen die Heizkostenerhöhung, den sich sowohl ÖVP als auch "K"PÖ für ihre Zwecke nutzbar machen wollen.

Mit der Erkenntnis der Organisierung des Kampfes um unsere Interessen muß auch die Erkenntnis wach werden, daß die Arbeiterschaft ihre revolutionäre Partei braucht, die es derzeit noch nicht gibt.

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML) sieht ihr Kampfziel darin, Seite an Seite mit den arbeitenden Menschen für die gemeinsamen Interessen und die Schaffung der revolutionären Arbeiterpartei zu kämpfen.

Treffpunkt der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML):
Jeden Dienstag ab 19 Uhr, jeden Freitag ab 18 Uhr im Organisationslokal in Wien 20., Universumstraße 40.

Diskussionen - Schulungen - Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen.

Besucher herzlichst willkommen.

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien



Gegen nationale Unterdrückung

Für die vollen politischen Rechte der slowenischen Minderheit

Auf die jugoslawische Protestnote vom 20. Oktober wegen der Nichterfüllung der Staatsvertragsbestimmungen über die nationalen Minderheiten und wegen der geduldeten chauvinistischen Hetze gegen die Slowenen hat das Außenministerium am 2. Dezember (also nach fünf Wochen!) in einer langatmigen Note geantwortet. Ihr Inhalt müßte jedem demokratisch gesinnten Österreicher, der noch dieser Regierung glaubt, die Schamröte ins Gesicht treiben. (1)

Die Bundesregierung äußert in der Note (2) ihr "Befremden" über die Beschwerden der Minderheiten in Österreich wegen der "angeblichen Einschränkung ihrer Rechte". Ist aber nicht gerade dieses "Befremden" höchst befremdlich? Denn wieso "angeblich"? Das angebliche (in der Tat bloß angebliche!) "Souveränitätsrecht einer Minderheitenfeststellung" (3), das sich die Bundesregierung in eben dieser Note "ausdrücklich" vorbehält, bedeutet doch allein schon eine gröbliche Verletzung der Minderheitsrechte, wogegen die Slowenen mit vollem Recht protestieren! Denn wenn die Machthaber in unserem Land durch eine solche "Minderheitenfeststellung" z.B. "ermitteln", daß so und so viele Angehörige der Minderheit etwa als "Windische" einzustufen und daher nicht der slowenischen Volksgruppe zuzuzählen wären, so handeln sie ebenso brutal und widerrechtlich gegenüber dieser Minderheit, wie ihre Großväter im Habsburgerreich, die den Ukrainern in Galizien die Bezeichnung "Ruthenen" aufstempelten; oder wie die großrussischen Chauvinisten im alten Zarenreich, die der ukrainischen Nation die Bezeichnung "Kleinrussen" aufzwangen; oder wie die faschistische Regierung in Pilsudski-Polen zwischen den beiden Weltkriegen, die aus den Bewohnern der kolonisierten Westgebieten Bjelorußlands (=Weißrußlands) ganz einfach "Eingeborene" ("tutejsi") machten!

Die Note findet es auch "befremdend", daß sich die Minderheit in Kärnten über den "angeblich auf sie ausgeübten Druck" beschwert. Wieso "angeblich"? Liegen nicht unzählige Tatsachen vor, die diese Anklage bestätigen? (Vgl. beispielsweise die Stellungnahme des Klubs Slowenischer Studenten in Wien, die wir in Nr. 70 unserer Zeitung, Jänner 1973, abgedruckt haben.) Grundsätzlich gesprochen hat über das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Drucks der Bedrückte, nicht der Bedrücker zu befinden. Das war seinerzeit, in der Habsburger-Monarchie, sogar der herrschenden Großbourgeoisie völlig klar. Einer ihrer Vertreter, der liberale Politiker Richard Charmatz, schrieb in seinem Buch "Deutsch-österreichische Politik" (Wien, 1907, S.82): "Nationale Verpflichtungen, die (wie etwa heute die berüchtigte "Minderheitenfeststellung" - d. Red.) ... die außenher aufgezwungen werden, müssen immer wie ein unleidlicher Druck wirken. Dem nationalen Empfinden entquillt das Verlangen nach nationaler Selbstbestimmung; alle Eingriffe von fremder Seite werden als Beleidigungen und Beeinträchtigungen angesehen. Kein Volk, das sich seiner Würde nicht begeben will, kann sich widerstandslos Fesseln anlegen lassen..."

Ferner werden in der Note die Klagen der

Minderheiten über "die angebliche Nichterfüllung der österreichischen Verpflichtungen aus dem Staatsvertrag" "als befremdend erachtet". Wiederum "angeblich"! Lassen wir hier beiseite, ob und inwieweit die österreichischen Regierungen seit 1955 die anderen Punkte des einschlägigen Artikels 7 des Staatsvertrags erfüllt haben, wie in der Note behauptet wird. (Man kann das leicht nachprüfen, wenn man ihre Behauptungen einerseits mit dem Wortlaut dieses Artikels und andererseits mit den Tatsachen vergleicht.) Doch in der Note selbst wird ja offen eingestanden, daß die österreichische Bundesregierung zumindest die Staatsvertragsverpflichtung hinsichtlich der "Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur" nicht erfüllt hat! Wieso also "angeblich"?

Es ist nicht unsere Aufgabe, der jugoslawischen Antwort auf diese Note vorzugreifen. Aber der logische Widersinn in der Argumentation unseres Außenministeriums ist eine offenkundige Beleidigung des gesunden Menschenverstands der österreichischen Bevölkerung, in deren Namen die Bundesregierung agiert. Mehr noch: Mit ihrer widersinnigen Logik entlarvt sie sich selbst auf ebenso erstaunliche wie empörende Weise. Das Ortstafelgesetz wäre nämlich "aus Gründen, die auch der jugoslawischen Regierung bekannt seien", nicht durchgeführt worden. Was sind das für Gründe? Sind es die "Manifestationen nazistischer Natur", denen die Regierung nachgegeben hat? Das jedoch, so heißt es in der österreichischen Note, sei eine "schwerwiegende Beschuldigung", die "entschieden zurückgewiesen werden" müsse. Also ist es die eigene freiwillige Entscheidung der Kreisky-Regierung? Wird aber damit nicht stillschweigend zugegeben, daß diese Regierung selbst (dem Wesen nach, wenn auch nicht in gleicher Form) die antislowenische Politik der Nazi fortführt, die so blutige Blüten getrieben hat? Zwingt denn nicht die sonderbare Logik zu eben diesem Schluß?

*

Wir revolutionären Arbeiter Österreichs sind Marxisten-Leninisten. Wir haben von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, gelernt, daß ein Volk nicht frei sein kann, das andere Völker oder Volksgruppen unterdrückt. Deshalb liegt die Unterstützung des Kampfes der Kärntner Slowenen um nationale Gleichberechtigung im ureigensten Klasseninteresse des österreichischen Proletariats. Je kleiner eine nationale Minderheit zahlenmäßig ist, (und die berüchtigte "Minderheitenfeststellung" soll ja nach dem Willen der Reaktionäre in der Regierung und Opposition eine möglichst kleine Zahl von Slowenen "nachweisen"!), desto weniger kann sie sich wehren, desto mehr bedarf sie folglich der Unterstützung durch die klassenbewußten Arbeiter. Und umgekehrt: Je entschlossener und tatkräftiger das österreichische Proletariat die berechtigten Forderungen der nationalen Minderheiten nach völliger Gleichberechtigung unterstützt, desto stärker wird es (u.a. durch Gewinnung von Verbündeten) in seinem entscheidenden Kampf gegen den Klassenfeind.

Was heißt Gleichberechtigung? In Punkt 3 des erwähnten Artikels 7 des Staatsvertrags wird nicht nur gefordert, daß "die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur (d.h. die Namen der Ortschaften, Bezirke, Straßen usw. - d. Red.) sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt" werden (was im nicht durchgeführten "Ortstafelgesetz" zum Teil vorgesehen war). Es wird darüber hinaus noch verlangt: "In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter (wohlgemerkt, ohne Rücksicht darauf, wie sich diese "Mischung" zahlenmäßig verhält - d.Red.) Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen." Wir unterstreichen die Worte "als Amtssprache". Das bedeutet nämlich nicht nur, daß sich jeder Angehörige einer nationalen Minderheit bei Gericht und vor Behörden seiner Muttersprache bedienen darf und ihm die entsprechenden Aufklärungen verdolmetscht werden müssen (das gilt schließlich auch für Ausländer!); es handelt sich hierbei vielmehr um ein politisches Recht, das den nationalen Minderheiten in heutigen Österreich praktisch vorenthalten wird.

Das alte Österreich-Ungarn war bekanntlich ein "Völkerkerker" und ist eben deswegen 1918 zerfallen. Aber sogar zur Zeit der Monarchie verstand die herrschende Klasse sehr wohl, daß man sich um dieses politische Recht nicht herumdrücken darf, wenn man vorgibt, nationalen Minderheiten Gleichberechtigung zu gewähren.

Die unter Taaffe im Jahre 1880 erlassene Sprachenverordnung "versetzte der Vorherrschaft der Deutschen einen empfindlichen Stoß, denn sie führte die tschechische Sprache bei den Behörden in Böhmen und Mähren ein und inaugurierte die allgemeine Slawisierung der Ämter", schrieb der erwähnte Charmatz in dem zitierten Buch (S.74). Die späteren Sprachenverordnungen der Regierung Badeni (1897) sahen ausdrücklich Deutsch und Tschechisch als gleichberechtigte Landessprachen vor und bestimmten u.a., daß in Hinkunft jeder neueingestellte Beamte "die Kenntnis beider Landessprachen nachzuweisen" habe (Ebenda, S.81-82, Fußnote). Und zehn Jahre nach diesen Verordnungen stellte Charmatz fest: "Heute ... geht von den Deutschen selbst der Ruf aus, daß ihre Söhne in den Sudetenländern die tschechische Sprache lernen, in Steiermark, Kärnten und Krain die slowenische Sprache pflegen mögen" (S.83). (4)

Welcher Ruf geht aber jetzt, nach fast sieben Jahrzehnten und nach zwei Weltkriegen, von der herrschenden Klasse unseres Landes aus? In jeder Hinsicht ein übler...

Für die arbeitenden Volksmassen Österreichs bedeutet aber die Feindschaft gegen die Slowenen und ihre gerechten Anliegen nicht einfach einen Rückschritt sogar im Vergleich zu den dunkelsten Tagen der Habsburgermonarchie. Sie beschwört, bekunde sie sich nun in rowdyhaftem Grölen auf Kärntens Straßen oder in diplomatischem Gurren verlogener Noten, die ernste Gefahr einer Faschisierung herauf. (Siehe "Für die Volksmacht" Nr.67, Oktober 1972). Gerade deshalb ist es wichtig für die ganze österreichische Arbeiterklasse, das nationale Anliegen der Kärntner Slowenen energisch zu unterstützen und alle gegen sie gerichteten Machenschaften der herrschenden Klasse unseres Landes ebenso energisch zu bekämpfen.

Im Artikel 7 des Staatsvertrags heißt es:

"1. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark genießen dieselben Rechte auf Grund gleicher Bedingungen wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen, einschließlich des Rechts auf ihre eigenen Organisationen, Versammlungen und Presse in ihrer eigenen Sprache.

2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; in diesem Zusammenhang werden Schullehrpläne überprüft, und eine Abteilung der Schulaufsichtsbehörde wird für die slowenischen und kroatischen Schulen errichtet werden.

3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfaßt.

4. Österreichische Staatsangehörige der slowenischen oder kroatischen Minderheiten in Kärnten, Burgenland und Steiermark nehmen an den kulturellen, Verwaltungs- und Gerichtseinrichtungen in diesen Gebieten auf Grund gleicher Bedingungen wie andere österreichische Staatsangehörige teil.

5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten."

Anmerkungen:

(1) Die nationale Frage ist, wie Lenin lehrt, eine allgemein-demokratische Frage, die auch in einem kapitalistischen Land gelöst werden soll und kann.

(2) Diese wurde auch von den Oppositionsparteien im Parlament prinzipiell gutgeheißen.

(3) Österreich hat Italien solche oder ähnliche Rechte in bezug auf die deutschsprachigen Südtiroler niemals zugestanden; hingegen hat es diesbezüglich Rechte für sich in Anspruch genommen, die es, wenn Jugoslawien in bezug auf die Kärntner Slowenen auch nur entfernt ähnliche beansprucht, als "unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten" bezeichnet (z.B. vor der UNO). So pflegen eben die Imperialisten mit zweierlei Maß zu messen!

(4) Das Burgenland mit seiner kroatischen Minderheit gehörte damals zur ungarischen "Reichshälfte", wurde daher von R. Ch. nicht berücksichtigt.



Der Schwindel mit der Meinungsforschung

"Haben sie etwas dagegen, wenn die Polizei für Ruhe und Ordnung im Staate sorgt?" Nein? - Wir auch nicht, wenn es um die Bekämpfung von Kriminellen geht. Doch die Herrschenden verstehen unter "Ruhe und Ordnung" etwas anderes. Zumindest kann man das den Meinungsumfragen entnehmen, die vor gar nicht langer Zeit nicht nur in Österreich gemacht wurden. Denn in der weiteren Fragestellung erkennt man, welche "Unruhestifter"gemeint sind. Es sind dies die arbeitenden Menschen, denen der wirtschaftliche Druck des kapitalistischen Systems zu viel geworden ist und die gegen dieses System protestieren und sich zur Wehr setzen" und die fortschrittlichen Studenten, welche die Arbeiter in ihren Forderungen unterstützen.

Es zeigt sich, daß die Fragesteller uns eigentlich die Antwort bereits in den Mund legen wollen, denn, ehrlich gesagt,



wer von uns würde daran denken, daß die Gefährdung von Ruhe und Ordnung von arbeitenden Menschen herrühren könnte, die für ihre berechtigten Anliegen eintreten? Wir haben genug Grund, die sogenannte "Meinungsforschung" einmal näher zu betrachten.

Früher einmal hat sich die "Meinungsforschung" hauptsächlich auf wirtschaftliche Zwecke beschränkt. Die kapitalistische Wirtschaft richtet sich rein nach dem Profitdenken. Die Konkurrenz zwischen den Konzernen und Monopolen führte zur Notwendigkeit immer neuerer Mittel und Methoden, um durch wirkungsvollere Werbung und Manipulation die Überproduktion von Ramsch und Wegwerfprodukten, die um des Profits willen und nicht gemäß den wirklichen Bedürfnissen der Menschen erzeugt werden, an den Mann zu bringen und den Konkurrenten auszustechen.

Das ist aber heute bereits der unwesentlichere Aspekt der "Meinungsforschung"geworden. Denn sie nimmt in zunehmendem Maße Bespitzelungscharakter an und dient dazu, daß die Herrschenden herausfinden, mit welchen Methoden sie die arbeitenden Menschen politisch manipulieren können.

Denn auf der einen Seite werden wir ja gar nicht nach unserer wirklichen Meinung gefragt, sondern wir haben bloß die Wahl zwischen verschiedenen vorgegebenen Antwortmöglichkeiten bzw. zwischen scheinbaren Alternativen, die wir unter Umständen alle ablehnen. Z.B. wenn danach gefragt wird, ob wir glauben, daß der Strompreis stark oder weniger "empfindlich" erhöht werden wird. Oder, wie es singgemäß in einer Umfrageaktion des Bundeskanzlers hieß, ob die Inflation bekämpft werden solle, auch wenn dadurch dann die Gefahr der Arbeitslosigkeit entstünde. Zugleich wollen die kapitalistischen Machthaber durch gezielte gesellschaftspolitische Fragen erfahren, wie weit die arbeitenden Menschen imstande sind, den Betrug des bestehenden Systems zu durchschauen und wie groß ihre Bereitschaft ist, sich zur Wehr zu setzen. Die "Meinungsforscher" fragen zum Beispiel, was man vom Bundesheer als Streikbrecher hält, ob man bei einer politischen Partei oder Gruppe tätig ist usw. Dabei gehen sie sehr geschickt vor. Sie placieren diese Fragen zwischen anderen harmlosen und unbedeutenden und versichern dem Befragten, daß er anonym bleibt, was mehr als fragwürdig ist.

Aus all dem kann man ersehen, in welcher Krise sich das kapitalistische Gesellschaftssystem befindet. Die Bourgeoisie hat das klar erkannt und sucht nach Mitteln und Wegen, ihre Herrschaft zu festigen und zu verlängern. Die "Meinungs"umfragen dienen ihr dazu, solche Mittel und Wege zu finden, um die Massen zu verdummen und zu manipulieren. Durch die verdrehten und entstellenden Fragestellungen und die "Auswahl" zwischen vorgegebenen Antworten, die eigentlich gar nicht unsere Antworten wären, die gar nicht unseren Interessen entsprechen, sondern denen der Herrschenden, will man uns vorgaukeln, daß wir in den "Staatsangelegenheiten mitbestimmen" könnten, daß wir unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems irgendeine Form demokratischer Entscheidungsgewalt - etwa durch die Meinungsumfragen oder etwa bei den Wahlen - haben. In Wirklichkeit haben wir aber nichts zu reden, weil eben die Geldsäcke, die Bonzen und Bürokraten über uns bestimmen. Und für deren Herrschaft soll die politische Meinungsbefragung "Rechtfertigungen" und Beschönigungen finden. Sie dient somit klar den Interessen der herrschenden Klasse und ist klar gegen uns, gegen die arbeitende Bevölkerung gerichtet.

Doch auch noch so raffinierte Methoden der Meinungsforschung können den Machthabern die Herrschaft über die arbeitenden Menschen nicht sichern. Denn letzten Endes wird Manipulation wirkungslos, da die Arbeiterklasse durch die Ausplünderung durch das kapitalistische System geradezu gezwungen wird, für ihre Interessen einzutreten und zu kämpfen. ●

Dritte Etappe der Arbeitszeitverkürzung oder Sozialdemagogie

Nachstehend die Rede, die Betriebsratsobmann Weihs auf der Vollversammlung der Speditionsfirma „Express" zum Thema Arbeitszeitverkürzung gehalten hat. Über das Ergebnis werden wir berichten. (Die Red.)

Alle Dinge haben zwei Seiten, was dem einen zum Nutzen, ist dem anderen zum Schaden.

Oberflächlich gesehen wäre jede Verkürzung der Arbeitszeit ein Erfolg der Werktätigen, da man mit kürzerer Zeit den gleichen Lohn erreicht als vorher bei längerer Arbeitszeit.

Da aber jede Reform in einer kapitalistischen Gesellschaft ein Kompromiß zwischen zwei entgegengesetzten Interessen ist, (LOHNINTERESSE - PROFITINTERESSE) ergibt sich in der praktischen Durchführung ein Feilschen (KAMPF) um den Vor- oder Nachteil.

Es ist nur zu logisch, daß jeder Unternehmer (KAPITALIST) sofort nach Mitteln und Wegen sucht, die gestiegenen Lohnkosten durch direkte und inderekte Maßnahmen so weit als möglich herabzusetzen.

Das ist eine gesetzmäßige Handlung der Kapitalisten, zur Sicherung ihres PROFITS. Das ist die Funktion und Aufgabe einer Betriebsleitung.

Je mehr diese leitenden Bürokraten beitragen, die gekaufte Arbeitszeit (ARBEITSKRAFT) produktiver und rationeller einzusetzen, umso mehr tragen sie zur Sicherung und Erhöhung des Profits bei. Dafür sind sie persönlich am Profit (MEHRWERT) durch hohe Gehälter beteiligt.

Diese Leute bezeichnet man als Manager oder bürokratische Kapitalisten. So wird im kapitalistischen Staat, jede Sozialreform zur Demagogie, eben zur Sozialdemagogie.

Die erste und zweite Etappe der Arbeitszeitverkürzung hat bewiesen, daß den Unternehmern überhaupt keine finanzielle Belastung erwachsen ist, sondern dies hauptsächlich eine Frage der Arbeitszeiteinteilung war und ist. In Verbindung mit der Nettoarbeitszeit wurden bei der ersten und zweiten Etappe viele soziale Besser-

stellungen rückgängig gemacht und abgeschafft (z. B. bezahlter Wirtschaftstag der Frauen, bezahlte Frühstückspause) oder verkürzt (Wasch- und Umkleidezeiten).

Die Arbeitszeitverkürzungen haben das erreicht, was ihr Hauptsinn ist: der Hebel zur generellen Produktivitätssteigerung, zum rationelleren Einsatz der Arbeitskräfte, zur Beschleunigung des Arbeitstempos in Verbindung mit einer besseren Ausnützung der modernen Technik zu sein.

Daß dies gelungen ist, zeigt das rasche Ansteigen der Tempokrankheiten dieser Leistungsgesellschaft. Damit meine ich: Herzinfarkt, Kreislaufkrankheiten, nervöse Störungen; das alles führt zu frühzeitiger Arbeitsinvalidität.

Die Arbeitszeitverkürzung ist und bleibt bei unseren Verhältnissen eine Lohnfrage. Da die Masse der Arbeiter und Angestellten zu niedrige Grundlöhne hat, bleibt die 40-Stundenwoche ein Papier. Um das finanzielle Auskommen zu sichern, müssen weiter Überstunden geleistet werden, muß der Großteil der Frauen dazuverdienen, müssen weiter die Werktätigen ihre Gesundheit den Profitinteressen opfern.

Da ein Großteil der Werktätigen der Manipulation unterliegt und noch nicht den vollen Betrug der Sozialdemagogen erkennt, wird sich auch bei einer 40-Stundenwoche die Ausbeutung und das Arbeitstempo noch mehr verstärken.

An diesem Betrugsmanöver waren alle derzeitigen Parteien so wie die Gewerkschaften beteiligt. Diese Prediger der Leistungsgesellschft - Konsumgesellschaft - Wohlfahrtsgesellschaft sind um ihres Profites willen zur Wegwerfgesellschaft übergegangen und zwingen uns, um ihre Macht aufrechtzuerhalten, den Weg zur Selbstvernichtung zu beschreiten. Dies alles unter dem Motto der Sozialpartnerschaft und Sicherung der Arbeitsplätze. Obwohl diese Herren genau wissen, daß die Interessen zwischen ihnen und uns unversöhnlich und gegensätzlich sind.

Was uns Transportarbeiter betrifft, müssen wir erkennen, daß es keine echte Arbeitszeitverkürzung ist, sondern nur eine Verschiebung des Überstundenbeginns, eben zwei Stunden in der Woche mehr. Das ergibt den Aufschlag eines normalen Stundenlohnes. Was wir brauchen, ist ein Lohn bei einer 40-Stundenwoche, der uns zur Erhaltung unseres Standards genügt. In dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist das aber für uns nicht drinnen; dies und die nötige Freizeit zur politischen Bildung und zur Führung der Staatsgeschäfte wird es für uns erst nach dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft geben.

Von dieser Warte aus müssen wir die Richtung unseres Kampfes bestimmen und in der gegenwärtigen Situation aus der 40-Stundenwoche das beste für uns herausholen. Denn wieder wird die Firmenleitung versuchen, Gewinn für den Betrieb herauszuholen. Wir sagen aber: Ohne uns! Wir werden hier und heute auf der Vollversammlung unsere Vorstellungen formulieren und im gemeinsamen Kampf werden wir sie auch durchsetzen.

SOZIALIMPERIALISTEN UNERWÜNSCHT

Tausend Norweger protestierten am 14. November unter Losungen wie "Kampf den beiden imperialistischen Supermächten UdSSR und USA" gegen einen "Freundschaftsbesuch" zweier russischer Zerstörer im Hafen von Oslo. Auf einer Kundgebung verurteilten Redner die Expansion der sozialimperialistischen Flotte in Nordeuropa und die verstärkte Rivalität der beiden Supermächte in diesem Raum an.

Der Vorwand für den "Freundschaftsbesuch" der russischen Kriegsschiffe war der 30. Jahrestag der Befreiung des östlichen Teils der Finnmark (im nördlichen Norwegen) vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetarmee. "Klassenkampf", das Organ der Norwegischen Kommunistischen Arbeiterpartei (ML), stellte dazu fest: "Der sowjetische Flottenbesuch ist eine Beleidigung der sowjetischen Roten Armee, eine Verhöhnung der Traditionen der Oktoberrevolution". Die heutige Sowjetunion, so hieß es in dem Artikel weiter, ist eine imperialistische Supermacht. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion dort, wo einst die Rote Armee die faschistischen Gangster vertrieb, einen der größten Flottenstützpunkte der Welt errichtet hat. Die Gewässer zwischen den Küsten Norwegens und den Svalbardinseln (Spitzbergen) sind ein Brennpunkt der Rivalität der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, geworden.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Nummer 93 B

Ein österreichischer Bergbauer berichtet aus der Volksrepublik China (V)

Schule und Erziehungswesen in Österreich und Volkschina

Die Situation in Österreich

Das Erziehungswesen eines Landes ist immer im Dienste der herrschenden Klasse, das heißt bei uns in Österreich im Dienste des Kapitals. Das sieht bei uns konkret so aus, daß "höhere Bildung" fast ausschließlich nur Kindern der Kapitalisten oder deren Söldlingen in der privaten und staatlichen Bürokratie zugänglich ist. Arbeiter- und Bauernkindern fehlt es zumeist am "notwendigen Kleingeld" zur Finanzierung des Studiums. Und dieser Zustand ist den Kapitalisten erwünscht, denn die Ausbeuter haben kein Interesse daran, daß die ausgebeuteten Klassen der Arbeiter und werktätigen Bauern sich zuviel Wissen aneignen, welches sie befähigen würde, die Zusammenhänge und das Wesen des Kapitalismus zu erfassen. Damit würden sich ja die Ausbeuter selbst ihr Grab schaufeln. Gelingt es aber doch dem einen oder anderen Arbeiter- oder Bauernkind, die "finanzielle Hürde" zu nehmen, indem er sich als "Werkstudent" durchs Studium kämpft, so erwächst dadurch auch keine allzu große Gefahr für die Herrschenden. Denn die Art und Weise des Studiums ist darauf ausgerichtet, "Fachidioten" zu erziehen. Das heißt: der Student, der den "Lehrstoff" am besten unkritisch auswendig zu lernen imstande ist, weist den besten Studienerfolg auf. Und für den Studenten, der imstande ist, seine geistige Ausbildung über die eines "Fachidioten" hinaus zu erweitern und dadurch unter Umständen zu einer geistigen Gefahr für das System werden könnte, haben die Kapitalisten ein erprobtes Mittel zur Hand: die Korrumpierung durch die Aspiration auf eine privilegierte "gehobene" Position in der Gesellschaft.

Diese Art Erziehungswesen in Österreich ist die Ursache dafür, daß die Schalthebel in Wirtschaft, Politik, Kultur usw. ausschließlich von bürgerlichen Intellektuellen, treuen Dienern des Kapitals bedient werden. Das Resultat dieser Diskriminierung der Arbeiter und Bauern im Erziehungswesen ist Ausbeutung und Unterdrückung bzw. deren "geistig ohnmächtige" Erduldung. Und es ist auch begreiflich, daß die Herrschenden um die Häupter ihrer Intellektuellen ein Flair von "geistiger Größe" und "Elite" weben, wobei die Beteiligten fleißig mitweben in der Art, daß diese oft vor sich selbst "den Hut ziehen". Unbegreiflich, jedoch nichtsdestoweniger wahr ist aber die Tatsache, daß die Arbeiter und Bauern vor "lauter Ehrfurcht" in die Hose machen, wenn sie mit der "geistigen Präpotenz" dieser selbsternannten "Elite" konfrontiert werden. Tragisch wird es allerdings für die Arbeiter und Bauern, wenn diese geistigen Söldner im Dienste des Kapitals, diese Schichte, isoliert von den Arbeitern und werktätigen Bauern und ferne jeder Produktionspraxis, in den diversen Arbeiter- und Bauerninstitutionen die Leitenden und Sprecher werden und nicht im Dienste der Bauern und Arbeiter arbeiten, sondern zu deren Schaden.

Das ist eindeutig die Situation der Schule und des Erziehungswesens in Österreich, im Kapitalismus. Eine Situation, in der Bildung und Schule im Dienste der Ausbeuter der Arbeiter und Bauern stehen, im Dienste des Kapitals.

Die Situation in Volkschina

Wie ist die Schule und das Erziehungswesen in Volkschina? Das war eine Frage, die ich mir bei meiner Reise durch Volkschina zu beantworten versucht habe. Und aus vielen Gesprächen mit den Bauern erfuhr ich, daß der entscheidende Durchbruch bei der Revolutionierung des sozialistischen Bil-

dungswesens im Zuge der Großen Proletarischen Kulturrevolution gelang. Genosse Mao Tsetung sagte, man müsse das alte Erziehungssystem zerschlagen, weil es die Jugend zerbreche. Man müsse die Studiendauer verkürzen, den Studieninhalt vereinfachen und das gesamte Erziehungswesen von Grund auf umwälzen, um der Herrschaft des Bürgertums auch auf diesem Gebiet ein Ende zu setzen. Das Ziel: auch im Bereich des Erziehungswesens die Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern zu legen. Wie sieht das konkret aus?

Die Kommunebauern eignen sich neben ihrer Arbeit in der landwirtschaftlichen Produktion auch politische und kulturelle Bildung an, welche es ihnen erlaubt, Kritik an der Bourgeoisie, an den Leuten, die den kapitalistischen Weg in der Landwirtschaft beschreiten und den Kapitalismus wiederherstellen wollen, zu üben. Und für die Schüler, Studenten, Intellektuellen gilt das gleiche. Außer dem Studium und der Kopfarbeit sollen sie gleichzeitig noch andere Kenntnisse erwerben, sich industriell und landwirtschaftlich betätigen und manuelle praktische Arbeit verrichten. Das ist ein Vorbeugemittel dafür, daß die Intellektuellen nicht verlernen, von wo alle Werte herkommen, wer sie schafft und daß man dabei nicht nur schmutzig wird, sondern auch ins Schwitzen kommt, wenn man die Arbeit gut macht. So lernt der Intellektuelle nicht nur die Arbeiter und Bauern, ihr Leben und Schaffen, kennen, sondern er lernt sie auch schätzen, wird von ihnen erzogen.

Arbeiter und Bauern werden in die Schulen und Universitäten geschickt, um den Studenten zu helfen, ihre praktische Arbeit in dem der Schule angeschlossenen Industrie- oder Landwirtschaftsbetrieb zu organisieren. In diesen Betrieben arbeiten die Studenten gemeinsam mit den Professoren und den Arbeiter- und Bauernlehrern an der Bewältigung der diversen Produktionsprobleme. Und einer lernt vom anderen. Umgekehrt gehen die Studenten und Professoren immer wieder für längere Zeit aufs Land, um von den Bauern zu lernen und die auf den Schulen entwickelte Theorie durch die Praxis zu erhärten. Benötigt eine Produktionsbrigade einen in einem Spezialgebiet ausgebildeten Agronomen oder die Volkskommune einige Veterinärärzte, so wählen die Bauern im Zuge eingehender Diskussionen geeignete Bauern für dieses Studium aus, welche dann für die notwendige Studienzeit auf die Hochschule geschickt werden. Nach dieser Spezialausbildung kehrt ein solcher Bauer wieder in seine Brigade bzw. Volkskommune zurück und stellt sein Wissen dem Kollektiv zur Verfügung. Sein Studium bringt ihm keinerlei Privilegien, und er arbeitet und lebt wieder mit den Bauern im Dorf.

In dieses Bild der Verbindung von Stadt und Land, von geistiger und manueller Arbeit, paßt ein Anblick, der mir immer wieder ins Auge stach: Kolonnen junger Menschen, Schüler und Studenten, vollbepackt mit großen Rucksäcken, auf den Landstraßen. Fröhlich und Lieder singend marschieren sie zum Ernteeinsatz ins Dorf, um den Bauern zu helfen. Sicherlich ein Mittel, den Graben zuzuschütten, der aufgrund der verschiedenartigen Lebens- und Produktionsbedingungen zwischen Stadt und Land vorhanden ist. Sicherlich ein Mittel, die Kluft zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zu beseitigen. Bauern lernen von den Studenten und Professoren und umgekehrt lernen die werktätigen Intellektuellen von den Bauern. Die Einheit zwischen Theorie und Praxis ist in Volkschina auf diese Art und Weise verwirklicht.

Erkenntnis

In Volkschina ist das Erziehungswesen und die Schule im Dienste der sozialistischen Revolution und damit im Dienste der Arbeiter, der Bauern und der werktätigen Intelligenz, im Dienste der Volksmassen. Es herrscht eine ganz andere Situation als bei uns in Österreich, im Kapitalismus. Bei uns ist das Erziehungswesen und die Schule im Dienste einer Minderheit, im Dienste des die Volksmassen ausbeutenden Kapitals. Und an dieser Situation wird sich bei uns in Österreich im wesentlichen nichts verändern, solange wir Kapitalismus haben. Reformen können da nichts tun. Helfen kann nur eine Revolutionierung des herrschenden Erziehungs- und Schulwesens. Wie macht man das, wird sich der bäuerliche Leser fragen. Im Zuge der sozialistischen Revolution in Österreich wird dies möglich sein. In diesem Sinne verbleibe ich bis zum nächsten Mal

mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen!



Leserbriefe

OHNE SCHILLING VOR DEM PFÄNDERSTOLLEN

Ich wende mich an Euch, weil das, was mir widerfuhr, letztlich alle arbeitenden Menschen in Österreich betrifft.

Ich möchte Euch von der Intrige am Pfänderstollen in Bregenz berichten. Nachdem dieses lange diskutierte Vorhaben beschlossen worden war, wurden immer wieder Leute aufgenommen. Man hat sogar von Wien per Fernschreiben Leute angefordert. Als aber dann die benötigten Leute anwesend waren, hieß es: "Es tut uns sehr leid, aber wir haben keine Arbeit für euch."

Es war an einem Donnerstag, einem verheißungsvollen Tag für jene, die den Verlockungen folgten. Es war gerade Jausenzeit, als der Ingenieur und die Schichtführer hereinkamen. Sie sagten zu den Anwesenden: "Leute, es tut uns sehr leid, aber wir können nicht weiterarbeiten. Wir haben keinen Schilling mehr. Nehmt die Laufzettel und gebt die Sachen, die ihr ausgefaßt habt, wieder ab."

Als die Leute das hörten, stürmten sie sofort das Büro; sie wollten natürlich ihr schwerverdientes Geld haben. Leider hatte der Mann im Büro nicht das erforderliche Geld: Es waren 380.000 Schilling an Lohngeldern angefordert worden, aber er bekam nicht mehr als 90.000! Als der Mann sah, daß die Arbeiter sein Büro stürmten und ein großer Tumult entstand, schloß er die Tür ab und flüchtete durch das Fenster.

Jetzt standen die Leute da und wußten nicht, was sie machen sollten. Sie hatten kein Geld, nichts zum Essen und auch keine Schlafgelegenheit. Da es kurz vor Weihnachten war, wurden sie auch von anderen Firmen nicht mehr aufgenommen.

Die Leute wandten sich an das Arbeitsamt. Aber der zuständige Beamte dort sagte ihnen: "Es tut mir leid, aber ich habe keine Arbeit für euch." Als die Leute dann fragten, was sie denn tun sollten, erwiderte ihnen der Beamte: "Friß, Vogel, oder stirb!" So wurden sie hinausbefördert.

Einige der auf solche Weise um Arbeitsplatz und Quartier gebrachten Leute suchten sich dann privat ein Zimmer. Aber da mußten sie die nächste Enttäuschung hinnehmen: Die Zimmer waren so teuer, daß sie sich diese nicht leisten konnten.

Das ist also unsere berühmte "Leistungsgesellschaft", in der angeblich alles von der "Leistung" der arbeitenden Menschen abhängt, dann aber ihnen die Arbeitsleistung unmöglich gemacht wird; in der wir uns angeblich alles "leisten" können, im Endeffekt aber buchstäblich nichts haben und vor dem Nichts stehen!

Dagegen gibt es kein anderes Mittel, als daß wir uns noch mehr für die gemeinsame Arbeitersache anstrengen, uns noch enger zusammenschließen und noch stärker werden für den gemeinsamen Kampf. Nur so können wir Mißstände wie die oben geschilderten samt ihren Wurzeln ausrotten!

A.P., Vorarlberg

Kürzlich habe ich von der zuständigen Behörde ein Telegramm erhalten, wo mir der Termin angegeben wurde, wann ich beim Bau des Pfänderstollens (Bregenz) anfangen solle. Daraufhin habe ich bei der Firma, wo ich bisher Arbeit und Quartier hatte, gekündigt. Die Folge war, daß ich ebenso Opfer einer verbrecherischen Frotzelei wurde wie so viele andere. Aus dem neuen Arbeitsplatz ist nämlich nichts geworden.

Wie kam es denn dazu. Es war so, daß bei Baubeginn noch nicht einmal die Grundablöse-Verhandlungen abgeschlossen waren. Aber die Verantwortlichen putzten sich ab, mal auf die eine, mal auf die andere Stelle. Es steht auch fest, daß die mit der Baudurchführung beauftragte Firma glaubte, ihre "deutschen" Methoden auch bei uns praktizieren zu können.

Ich war, als ich von der Bauleitung des Pfänderstollens den Bescheid bekam, daß für mich "keine Arbeit da" sei, so ziemlich "herunter". Bis Mitternacht mußte ich das Quartier bei meiner früheren Firma räumen. Ich stand auch ohne einen Schilling da.

Doch die Genossen der VRA haben mir geholfen. Sie haben meine Sachen vorübergehend in die Aufbewahrung gegeben. Für zwei Nächte brachten sie mich in einem Ausweichquartier unter. Dann fand ich schließlich Arbeit und Quartier bei einer Baufirma in Feldkirch.

Jeder im "Ländle" zittert vor dem Abbau. Überall wird der Druck auf die Löhne fühlbar. Wir haben eine neue Situation, wo die Kapitalisten glauben, durch Druck und Angst gemäß ihrer Begier nach Höchstprofiten die arbeitenden Menschen dirigieren zu können.

M., Vorarlberg